

## GEMEINDERAT

## BPK-Nachfolge



Franz Iten (Alternative-CSP, Bild links) ist aus der Bau- und Planungskommission (BPK) ausgetreten. Seine Nachfolge wird Fraktionskollege Ignaz Voser antreten.

## Stadregister

Die Motion von Urs E. Meier (Alternative-CSP) zur Schaffung eines Registers für stadtrelevante Studien und Berichte wurde nach einiger Diskussion mit 24 zu 9 Stimmen zu Bericht und Antrag an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat hatte zuvor vergeblich beantragt, den Vorstoss als Postulat an ihn zu überweisen – weil das Begehren in die Kompetenz der Exekutive falle, lautete die Begründung.

## Studienbibliothek

Ohne Gegenstimmen gab der Grosse Gemeinderat einen Kredit über 2,3 Millionen Franken für die Studienbibliothek im kantonalen Zeughaus frei. Dort werden 74 Studienarbeitsplätze und sieben Gruppenräume eingerichtet. Die Kosten von 4,5 Millionen Franken teilen sich Kanton und Stadt. Das Projekt erntete die Zustimmung aller Fraktionen, inklusive der SVP. «Wir glauben, dass es sich lohnt, in diese Form von Jugendförderung zu investieren», sagte Manuel Brandenberg.

## Sportanlagen Herti

Die Erweiterung des Garderobengebäudes in den Sportanlagen Herti Nord spaltete das Stadtparlament. Ist dafür Minergie-Standard nötig? Das Geschäft wurde zu Gunsten eines Zusatzberichts mit 25 zu 10 Stimmen ausgesetzt.

## Gebühren

Diskussionslos passierte die neue Gebührenordnung für das Baubewilligungsverfahren die erste Lesung.

## Spielplätze

Der Rat nahm vom Zwischenbericht Kenntnis, debattierte dennoch lange. Auf die kindergerechte Gestaltung der Plätze wird grossen Wert gelegt.

## SBB-Tageskarten

Die Stadt hat ihr Kontingent an SBB-Tageskarten erhöht: von 14 auf 17. Damit entspricht sie teilweise der Forderung von Rupan Sivaganesan (Alternative-CSP). Er hätte gerne gesehen, wenn der Mietpreis von 34 Franken pro Tag auf 30 Franken herabgesetzt worden wäre. Finanzchef Hans Christen führt die Kostenneutralität als Grund dafür an. Nicht die Steuerzahler sollen dafür drauflegen.

## Interpellationen

Das Stadtparlament hat von folgenden Interpellationsantworten Kenntnis genommen: Velo- und Fussgängerverkehr in Zug West (Patrick Steinle, Alternative-CSP), Pflegeheimkosten (Manuel Brandenberg, SVP), Bewilligungspraxis von Plakaten auf öffentlichem Grund (Monika Mathers, Alternative-CSP), Rücktritt von Stadtrat Ulrich Straub (Fraktionen SVP und CVP), externer Berater im Bildungsdepartement (FDP-Fraktion). Die Interpellationsantwort zum Rücktritt von Ulrich Straub wurde mit 15 zu 14 Stimmen in ablehnendem Sinne zur Kenntnis genommen.

## Nächste Sitzung

Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug tagt wieder am 2. März im Kantonsratssaal des Regierungsgebäudes. Die Sitzungen des Stadtparlaments sind öffentlich.

## Grosser Gemeinderat

## Mehr Geld für Kunst

**Sie meinten den Sack und schlugen den Esel – fast. Eine Mehrheit im Stadtparlament aber legt Wert auf den Unterschied zwischen Beitrag und Standort.**

VON CHANTAL DESBIOLLES

Die weitgehend einzige leidenschaftliche Debatte im Stadtparlament entzündete sich gestern an der Frage, ob die Stadt dem Kunsthaus noch mehr Geld zuschiessen soll. Vorweg: Sie soll. Für den Betrieb des Kunsthauses und die Kunstvermittlung hat der Grosse Gemeinderat einen jährlichen Beitrag von 490 000 Franken bewilligt. Für den Fonds zum Ankauf von Kunstwerken weitere 75 000 Franken.

Beide Beiträge sind auf vier Jahre befristet und fliessen in die Kassen der Zuger Kunstgesellschaft. Damit erhöht die Stadt ihren Beitrag an den Kunstbetrieb um 95 000 Franken.

## Kostenteiler nicht ausgewogen

Bis zum Beschluss war es ein beschwerlicher Weg, gesäumt von langen

Diskussionen. Vorab stellte die SVP-Fraktion den Antrag, auf das Begehren gar nicht erst einzutreten. Dies mit der Begründung, dass der Kanton im Vergleich zur Stadt zu wenig monetäre Leistung zeige. Die Stadt, forderte Philip C. Brunner im Namen der SVP, solle erst neu über den finanziellen Teiler verhandeln.

Die anderen Fraktionen konnte er mit dieser Argumentation nicht überzeugen: Sie stimmten geschlossen dagegen.

## Unabhängig vom Standort

Gleichzeitig plädierte die Mehrheit dafür, dass die Beitragsfrage unabhängig von der Standortfrage entschieden werden müsse. «Die Gelder werden ja auch für den Museumsbetrieb und nicht für bauliche Sanierungen oder Neubauten benötigt», sagte etwa Vroni Straub (Alternative-CSP). Im Namen der SP strich Karin Hägi den Stellenwert der Unterstützung heraus: «Die Erhöhung der Beiträge ist unerlässlich, wenn das Niveau und die Attraktivität der Ausstellungen beibehalten werden sollen.» Darin war man sich weitgehend einig.

Dieses Niveau stellte die FDP zur Diskussion. «In welcher Liga wollen wir

spielen?» Die Frage stellte Cornelia Stocker. Die Ausrichtung gefalle ihr so, wie sie heute sei. «Das Kunsthaus muss nicht immer teurer und grösser wer-

## «In welcher Liga wollen wir spielen?»

CORNELIA STOCKER, FDP

den.» Trotz der kritischen Voten schlugen sich auch die Liberalen, wenn auch nur knapp, auf die Seite der Befürworter.

## Drei erfolglose Anläufe

Ihnen gegenüber stand die SVP, die nach der Niederlage in der Eintretensdebatte drei weitere Anläufe unternahm, die Beiträge zu kürzen: Zwei davon zu Änderungen im Beschlusstext. Und nach der Schlussabstimmung, bei der sich eine deutliche Mehrheit von 28 Votanten sich für die beiden Beiträge starkmachten, mit einem weiteren erfolglosen Antrag auf ein Behördenreferendum.

Ob sie es nun auch noch über ein Volksreferendum versuchen will, blieb gestern offen.



Nicht der künftige Standort des Kunsthauses soll über dessen jetzige Unterstützung entscheiden. BILD WERNER SCHELBERT

## Stadtentwicklung

## Geteilte Meinung zum Bericht

any. Der Zwischenbericht des Stadtrats zur Stadtentwicklung hat im Vorfeld der GGR-Sitzung viel zu reden gegeben. Klar, dass auch die Parlamentarier gestern eine Menge zu diskutieren hatten. Das Urteil aber war nicht eindeutig: Mit 17 zu 16 Stimmen (mit Stichentscheid des Ratsvizepräsidenten Jürg Messmer) hat der GGR in ablehnendem Sinne Kenntnis vom Bericht genommen.

Vor allem die Bürgerlichen übten Kritik. Man bevorzuge den Begriff Standortmarketing, sagte FDP-Fraktionschef Karl Kobelt. Mit einem klaren Ziel, Zug als attraktiven Ort zum Einkaufen und Verweilen zu machen. Auch CVP-Fraktionschef Hugo Halter plädierte für ein Stadtmarketing, wie es beispielsweise der Gewerbeverein sehe. Stadtpräsident Dolfi Müller widersprach dem Glauben, Stadtentwicklung sei gleich Stadtmarketing. Um als Stadt konkurrenzfähig zu bleiben, müsse eine Vielfalt an Angeboten zur Verfügung gestellt werden. Urs E. Meier (Alternative-CSP) unterstützte Müller: Der Bericht zeige, dass die Attraktivität nicht bloss aus einer möglichst grossen Anzahl an Parkplätzen und tiefen Steuern bestehe.

## Gartenstadt Süd

## Schlappe für die Bauchefin

cd. Damit hat gestern niemand gerechnet: In ihrem Eintretensvotum zur zweiten Lesung gab Bauchefin Andrea Sidler Weiss mehrere Änderungen am Bebauungsplan Gartenstadt Süd bekannt. So will die Stadt auf Druck der Baudirektion teilweise von der Umzonung in Wohnzone 4 – in der maximal sechs Geschosse zulässig sind – festhalten. Lediglich die ehemalige Strassenparzelle soll umgezont werden; im östlichen Teil auf den Grundstücken von Charles Waser wird darauf verzichtet. Auch bei der Ausnützung und dem Wohnanteil will die Stadt nach unten anpassen.

Damit zog sich die Bauchefin den Zorn des Plenums zu. «Wenn schon solch grundlegende Änderungen kommen, dann sollten die Fraktionen schon kurz informiert werden», verschaffte sich Martin Spillmann, Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK) Luft. Er stellte den Antrag, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen. Was das Stadtparlament umgehend mit 36 zu 0 Stimmen tat.

## Bahnhof Zug

## Die Lokremise wird abgerissen

any. Die alte Lokremise beim Bahnhof Zug sollte bis zur Wiedereröffnung der Galvanik als Kulturlokal genutzt werden. Das forderte Gemeinderat Rupan Sivaganesan (Alternative-CSP) in einem Postulat, das gestern zur Überweisung traktandiert war. Stadtpräsident Dolfi Müller stellte aber den Antrag auf Nichtüberweisung. Der Grund: Die SBB haben ihm auf Anfrage eine negative Antwort gegeben. Ohne einen Abbruch des Gebäudes sei die geplante Erweiterung der Stadtbahn nicht möglich. Zudem verneinten die SBB laut Müller, dass die Remise als Kulturlokal genutzt werden könne – aus Sicherheitsgründen. Der Abbruch der Remise ist gemäss den SBB denn auch definitiv und für Mitte März geplant. Sivaganesan zog sein Postulat nach diesen Äusserungen zurück.

Der Stadtpräsident gab zudem zu bedenken, dass durch die Rückmeldung der SBB die Einzelinitiative von Beat Holdener, die der Rat an den Stadtrat überwiesen hat, «gegenstandslos geworden ist». Holdener wollte die Remise erhalten.

## Überbauung Roost

## Ärger und Kritik, aber auch Freude

any. Martin Spillmann (FDP) war auch an der Sitzung des Grossen Gemeinderats noch immer verärgert. «Weil wir das Ziel, günstige Wohnungen zu bauen, im Roost nicht erreichen», sagte der Präsident der Bau- und Planungskommission (wir berichteten). Es habe am politischen Willen gefehlt, das Ziel von Anfang an konsequent zu verfolgen. Urs B. Wyss (CVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission, stimmte zu.

## SVP-Antrag abgelehnt

SP-Fraktionschef Urs Bertschi wollte diese Kritik nicht gelten lassen. «Selbst wenn heute ein kleinerer Teil der Wohneinheiten von den kantonalen Fördermassnahmen profitieren kann, so wird das Projekt für zugerische Verhältnisse für preisgünstigen Neubau-Wohnraum sorgen», frohlockte Bertschi. Denn diese Wohnungen seien der Spekulation und dem Marktpreis entzogen. Finanzchef Hans Christen nahm den Faden auf und verteidigte die vorgeesehenen Mietzinse.

Schliesslich erübrigte sich denn auch jegliche Kritik, denn der Rat lehnte den Antrag der SVP, den Bericht in ablehnendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen, mit 20 zu 12 Stimmen ab.

## Haiti

## Stadt unterstützt die Ile à Vache

any. «Ich bin den Tränen nah.» Gemeinderätin Monika Mathers (Alternative-CSP) lächelte gestern an der Sitzung des Stadtparlaments glücklich. Grund ihrer grossen Freude: Finanzchef Hans Christen hat soeben bekannt gegeben, dass der Stadtrat 50 000 Franken an die Soforthilfe für den Transport von Hilfsgütern an die Zivilbevölkerung auf der haitianischen Ile à Vache zahlt und somit teilweise einem Postulat Mathers entspricht. Mathers reichte den Vorstoss ein, da ihr Sohn Patrick Mathers im Frühjahr 2009 einen Monat lang auf der «paradiesischen, aber bitterarmen» Ile à Vache gelebt hat. Durch das Erdbeben in Port-au-Prince sind nun die Versorgungswege von der Hauptstadt zur Insel zusammengebrochen (Neue ZZ vom Freitag).

## Noch mehr Hilfe?

Hans Christen versicherte den Gemeinderäten, dass Patrick Mathers in den nächsten Tagen auf die Ile à Vache reisen werde, um die Transporte zu organisieren, und einen schriftlichen Bericht über die Verwendung des Geldes abliefern werde. Der Finanzchef stellte zudem in Aussicht, dass die Stadt weiterführende Hilfeleistungen sowie die mögliche Unterstützung eines nachhaltigen Projekts prüfen werde.

## Spitex Kanton Zug

## Dickes Lob für den Stadtrat

any. Der Zusammenschluss der Spitex im Kanton kostet die Stadt mehr als gedacht. Dies geht aus einem Bericht hervor, der gestern im Grossen Gemeinderat diskutiert wurde. «Wir sind froh, dass sich der Stadtrat beim Spitexverein lautstark meldet und sagt: So nicht!», sagte Monika Mathers (Alternative-CSP) und sprach damit die Zielvorgaben der Stadt an den Verein an. Mathers stellte gar einen Ausstieg aus der Organisation zur Debatte und wurde darin von Alice Landtwing (FDP) bekräftigt. «Bleiben Sie am Ball», rief sie dem Stadtrat zu, zumal künftig vermehrt private Spitex-Organisationen mit einem breiteren Angebot auf den Markt drängen würden. Einzige Monika Arnold (CVP) fand gemässigte Worte und plädierte für Geduld.

Schliesslich nahm der Rat im positiven Sinne Kenntnis vom Zwischenbericht, lehnte aber mit 17 zu 16 Stimmen den Antrag der Geschäftsprüfungskommission ab, wonach der Stadtrat dem GGR eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Spitexverein unterbreiten sollte.